

stärken und so Finanzierungen durch Drittmittel, Kredite und öffentliche Förderung erleichtern. Wir sehen darin die beste Möglichkeit, notwendige Investitionen in klimagerechten Umbau, öffentliche Infrastruktur und Energieversorgung abzusichern. Die Funktionalität einer solchen Haushaltspolitik haben wir mit dem aktuellen Schulbauprogramm gezeigt.

Wir haben im September die Chance, der Kürzungspolitik von CDU und SPD ein Ende zu machen, die Aushöhlung unserer Landesfinanzen zu beenden und endlich wieder klug zu investieren. Ein Wechsel ist notwendig und unabdingbar.

Philipp Bertram
Mitglied im Abgeordnetenhaus

Städtebauliches Entwicklungskonzept Pankow Süd

(Presseinformation aus dem Bezirksamt Pankow – Gekürzt und bearbeitet)

Der Bezirk Pankow hat sich mit dem Gebiet Pankow Süd, bestehend aus dem Tiroler Viertel, dem Neumannkiez und Teilen des Kissingenviertels für die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Nachhaltige Erneuerung“ beworben.

Hierzu fanden zwei öffentliche Beteiligungsveranstaltungen statt. Eine dritte Veranstaltung ist für Ende Juni geplant:

Dienstag, 30. Juni 2026, 17.30 bis 20.30 Uhr,
Bürger*innenforum im grünen Gebäude der Kurt-Tucholsky-Oberschule
(Haus F, Neumannstraße/Vinetastraße)

Es gibt auch die Möglichkeit, sich auf der Beteiligungsplattform *mein.berlin.de* online am Entwicklungskonzept zu beteiligen:

www.mein.berlin.de/projekte/stadtebauliches-entwicklungskonzept-pankow-sued

Online einsehbar sind Informationen zum Gebiet und zum Städtebauprogramm „Nachhaltige Erneuerung“ zudem unter den folgenden Links:

www.nachhaltige-erneuerung.berlin.de/pankow-sued
www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadterneuerung/artikel.1627818.php

Nachhaltigkeit und Klimaanpassung im Fokus des Konzepts

Mit Bewilligung der Mittel aus dem Städtebauförderprogramm „Nachhaltige Erneuerung“ könnten in den kommenden 15 Jahren Erneuerungsmaßnahmen im öffentlichen Raum und der sozialen Infrastruktur eingesetzt werden. Denkbar sind z.B. die Umgestaltung und klimatische Aufwertung von Grün- und Freiflächen, Straßenräumen, Schulhöfen oder die klimaangepasste Sanierung von öffentlichen Gebäuden.

Voraussetzung ist die Erstellung eines sogenannten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts, das vom Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement erarbeitet wird.

Für inhaltliche Rückfragen zu dem Programm können sich Interessierte an den Bezirk Pankow, Fachbereich Stadterneuerung, wenden:

Thora Haubold, (030) 90295-3133, stadterneuerung@ba-pankow.berlin.de

BVV-Splitter – 39. BVV-Tagung

BVV Pankow solidarisch mit Omas gegen Rechts, CDU steht im Abseits

In der BVV-Sitzung am 10. Juni ging es um eine dringliche Resolution auf Initiative der Linksfraction, die die Ereignisse bei einer Protestdemonstration am 2. Juni vor dem sogenannten „Braunen Haus“ der AfD Pankow betraf.

An der Demonstration beteiligten sich Anwohnende sowie Vertreter*innen verschiedener demokratischer und antifaschistischer Organisationen. Augenzeugen berichteten von Bedrohungen und Einschüchterungen durch Personen aus dem Umfeld der AfD-Veranstaltung und einem tätlichen Angriff auf die Demonstrantin Maja Wiens.

Der mutmaßliche Täter habe für seinen Angriff Beifall und Zustimmung bekommen.

Als mutige Antifaschistin will sich Frau Wiens nicht einschüchtern lassen. Umso wichtiger findet es die Linksfraction, dass sich die demokratischen Bezirksverordneten sich solidarisch mit der Angegriffenen erklären und rechtsextreme Gewalt und Einschüchterung klar verurteilen.

Mit den Grünen, den Sozialdemokraten und der FDP fand sich eine Mehrheit für die Resolution, die rechtsextreme Gewalt verurteilt.

Enttäuschend trat am Abend die Pankower CDU-Fraktion auf, die sich weigerte, die Resolution zu unterstützen. Dafür erhielt sie Beifall aus den Reihen der AfD, der ehrliche Christdemokrat*innen erschauern lassen muss.

Keine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste

Hoheitliche Aufgaben des Bezirks gehören nach Meinung der Linksfraction in öffentliche Hand mit demokratischer Kontrolle und klarer Rechtsgrundlage – nicht in die Hände privater Sicherheitsfirmen. Es braucht Fachkräfte wie Sozialarbeiter*innen, die unterstützen, deeskalieren und helfen.

In einem Antrag in der BVV im Dezember forderte die Linksfraction, künftig vollständig auf private Sicherheits- und Ordnungsdienste zu verzichten.

Hintergrund war, dass das Bezirksamt auf Anfrage der Fraktion einräumte, einen privaten Sicherheitsdienst im öffentlichen Raum einzusetzen.

Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Mobilität und öffentliche Ordnung sowie für Soziales, Senior*innen und Gesundheit überwiesen.

In beiden Ausschüssen sowie in der BVV am 10. Juni fand der Antrag keine Mehrheit. Die anderen Fraktionen scheinen kein Problem mit dem „Outsourcing“ an private Sicherheitsfirmen zu haben.